

Bericht und Antrag der GRPK zum Jahresbericht 2014 und zu den Leistungsberichten 2014

Die Rechnung 2014 wird zum ersten Mal unter den Vorgaben von HRM2 (Harmonisiertes Rechnungslegung Modell 2) dem Einwohnerrat zur Genehmigung vorgelegt. Neben den HRM2-Vorgaben wurden aber auch die der GRPK zur Verfügung gestellten Unterlagen überarbeitet. Die Abrechnungen in den einzelnen Produktgruppen und Leistungszentren kommen übersichtlicher und schlanker daher und sind damit verständlicher.

Hinter diesen Umstellungen steckt viel Arbeit von den Mitarbeitenden der Abteilung Finanzen, aber auch von den übrigen Mitarbeitenden; mussten doch alle Abteilungen mit dem neuen Rechnungsmodell diverse Neuerungen in ihrer täglichen Arbeit berücksichtigen.

Die GRPK dankt den Mitarbeitenden der Abteilung Finanzen sowie den übrigen Mitarbeitenden für die geleistete Arbeit im letzten Jahr. In den Dank einschliessen möchte die GRPK auch den Gemeinderat, denn auch die politisch Verantwortlichen mussten sich mit den Neuerungen beschäftigen.

1. Ausgangslage

Das Budget 2014, welches der Gemeinderat dem Einwohnerrat im Dezember 2013 vorgelegt hat, sah bei einer Steuererhöhung von 3 Prozentpunkten einen Verlust von CHF 2,19 Mio. vor. Dies lehnte der Einwohnerrat ab. Der Einwohnerrat verlangte vom Gemeinderat ein ausgeglichenes Budget, wenn er einer Steuererhöhung zustimmen soll.

In der Einwohnerratssitzung vom Januar 2014 wurde das Budget gegen den Antrag des Gemeinderats mit einigen Änderungen, einem Verlust von CHF 3,2 Mio. und ohne Steuererhöhung verabschiedet.

2.1. Allgemeine Bemerkungen

Nach dem die Rechnung 2014 vorliegt, konnte der ursprünglich budgetierte Verlust von CHF 3,2 Mio. auf einen Verlust von CHF 350 000 reduziert werden. Neben den HÜP-Massnahmen (Haushalt-Überprüfungs-Massnahmen), der Budgetdisziplin und diversen Sparanstrengungen der Verwaltung, der Umstellung des Abschreibungsmodus gemäss HRM2 und nicht getätigten Investitionen, hat auch der Mehrertrag der Steuern zum besseren Resultat beigetragen. Wäre der kantonale Finanzausgleich, der unsere Rechnung stark belastet, nicht, würde die Rechnung einen Überschuss ausweisen. (Finanzausgleich: Budget CHF 8,6 Mio. / Rechnung CHF 9,9 Mio. Dies entspricht ca. 20 % unserer Steuereinnahmen).

Wie die GRPK vorgehend feststellt, belastet der Finanzausgleich unsere Rechnung 2014 stark. Trotz Sparanstrengungen muss künftig mit höheren Aufwendungen für Investitionen und für Unterhaltsarbeiten gerechnet werden. Aber auch der Abschreibungsmodus (neu gemäss HRM2) wird unsere künftigen Rechnungen stärker belasten. Aus diesen Gründen unterstützt die GRPK den Gemeinderat ausdrücklich bei seinen Anstrengungen für einen gerechteren Finanzausgleich.

Nachdem jetzt die Rechnung 2014 vorliegt, und dies mit weit geringerem Verlust als ursprünglich budgetiert, kann man durchaus mit Genugtuung auf die Anstrengungen der HÜP-Massnahmen zurückblicken und feststellen, dass sich die Arbeit gelohnt hat. Gleichzeitig muss die GRPK aber auch den Mitarbeitenden der Verwaltung und dem Gemeinderat für die Budgetdisziplin danken.

Wie üblich wurde die Rechnung durch die Revisionsgesellschaft PWC revidiert. Die fünf Subkos der GRPK haben einzelne Punkte der Rechnung mit den zuständigen Gemeinderäten/innen und

Abteilungsleitern/leiterinnen hinterfragt und einige grosse Abweichungen besprochen. Weitere Details zu den Abklärungen der GRPK finden sich untenstehend.

In beinahe allen Produktgruppen und Leistungszentren konnten teilweise massive Einsparungen vorgenommen werden. Diese Tatsache hat aber nicht nur eine erfreuliche Seite. Die GRPK befasste sich auch mit folgenden zwei Fragen und wird diese in Zukunft weiter verfolgen:

- Wie kommen Budgetabweichungen von mehreren Hunderttausend Franken zustande?
- Sind mit diesen Einsparungen nicht Unterhaltskosten aufgeschoben worden, die wir zu einem späteren Zeitpunkt teurer bezahlen müssen?

Wie üblich führte die Revisionsgesellschaft PWC (PricewaterhouseCoopers AG) in der Zeit vom 27. bis 29. Oktober 2014 die Zwischenrevision und vom 23. bis 26. März 2015 die Schlussrevision durch.

Anlässlich der Zwischenrevision wurden die Prozessabläufe der Bauabteilung schwerpunktmässig geprüft. Dabei wurde festgestellt, dass die Projektabrechnungen korrekt geführt und abgeschlossen werden. Die PWC empfiehlt jedoch im Rahmen von IKS die Prozessabläufe detaillierter zu formalisieren und diese schriftlich festzuhalten.

Während der ordentlichen Rechnungsprüfung wurden folgende Feststellungen gemacht und erwähnt:

- **HRM2** Durch die HRM2-Einführung mussten Sachanlagen im Finanzvermögen und die Beteiligungen im Verwaltungsvermögen neu bewertet werden. Dies führte zu einer Aufwertung von CHF 20,7 Mio. auf der Aktivseite. Auf der Passivseite hat diese Aufwertung keinen Einfluss.
- **Pensionskasse** Die Ausfinanzierung der PK kostet die Gemeinde Binningen bis zum 31.12.14 CHF 18 Mio. Zur Finanzierung wurde ein Darlehen von CHF 13 Mio. aufgenommen. Dieses ist bis zum Jahre 2029 zu amortisieren.
- **Internes Kontrollsystem (IKS)** Die PWC beurteilt auch das IKS der Gemeinde. Es gab keine wesentlichen Feststellungen im Rahmen dieser Prüfung. Die PWC empfiehlt aber den Prozess weiterhin voranzutreiben und den Gegebenheiten anzupassen.

Die GRPK beabsichtigt im kommenden Jahr alle "steuerbaren Ziele" zu hinterfragen. Es ist Aufgabe des Einwohnerrats, die Leistungsziele zu definieren. Tatsächlich sind die meisten der gültigen, übergeordneten Ziele nachvollziehbar. Die Leistungsziele dagegen sind oft wenig befriedigend, da man bei ihrer Formulierung mehr deren Messbarkeit als deren Übereinstimmung mit den übergeordneten Zielen im Auge hatte.

Ziel der Überarbeitung sollte darum sein, zu überprüfen, welche Wirkung erzielt werden soll und ob die Ziele dies reflektieren.

Das Überprüfen der Ziele macht auch dann Sinn, wenn der Einwohnerrat dem Postulat zur Abschaffung von WoV zustimmt. Auch ohne WoV muss der Einwohnerrat Leistungsaufträge und Leistungsziele definieren, um die gewünschte Wirkung zu erreichen.

Nach der Art, wie die Probleme im APH behandelt wurden, stellt sich die Frage, ob die Verträge (Leistungsaufträge, Leistungsvereinbarungen, etc.) befriedigend sind. Der GRPK ist klar, dass Leistungsaufträge in der Kompetenz des Einwohnerrats, Leistungsvereinbarungen in derjenigen

des Gemeinderats liegen. Nichtsdestotrotz ist die GRPK der Meinung, dass sie überprüfen kann – und dies auch tun sollte – ob der Gemeinderat die Leistungsvereinbarungen so gestaltet, dass sie die Ziele der entsprechenden Leistungsaufträge umsetzen. Es scheint zudem ratsam, sich mit dem Gemeinderat für zukünftige Leistungsvereinbarungen darauf zu einigen, wie gewisse Punkte grundsätzlich geregelt werden müssen, etwa: Bericht an den Gemeinderat, Kontrolle der Qualitätsstandards durch den Gemeinderat, Vorgehensmöglichkeiten bei Verdacht auf Mängel, etc.

Ebenso ist die GRPK überzeugt, dass der Einwohnerrat (oder zumindest die GRPK) die Leistungsvereinbarungen kennen sollte und auch jeweils aktuell über deren etwaige Änderungen informiert werden müsste. Die GRPK beabsichtigt, entsprechende Anträge vorzubereiten.

LZ 1 Management, Personal

Der Rechtsdienst wurde um 60 % aufgestockt. Diese Erhöhung soll ein einwandfreies Funktionieren des Rechtsdienstes gewährleisten.

LZ 2 Rechnungswesen

Wie bereits erwähnt ist der Horizontale Finanzausgleich für 2014 um CHF 1,2 Mio. höher ausgefallen als budgetiert. Die Finanz- und Kirchendirektion (FKD) gibt in der Budgetphase die Zahlen vor, diese können aber im laufenden Jahr ändern und werden zum Rechnungsabschluss entsprechend durch die FKD angepasst.

Im Herbst 2015 wird der Finanzausgleich (FA) im Landrat beraten. Sollte der Landrat mit einer 4/5-Mehrheit zustimmen, dann kann der neue FA im 2016 in Kraft treten. Tut er dies nicht, steht eine Volksabstimmung an.

LZ 3 Gebäudeunterhalt

Mit einem neuen Anlagebewirtschaftungskonzept soll die Effizienz in der Betreuung der Schulanlagen gesteigert werden. Hatte früher jede Schulanlage ihren eigenen Hauswart, wird der Unterhalt heute von zwei mobilen und damit flexibel einsetzbaren Anlagebetreuern ausgeführt. Ihnen stehen zwei Assistenten und Reinigungspersonal zur Seite. Damit konnten einerseits Prozesse standardisiert werden und andererseits die Kostenstruktur des insgesamt eingesetzten Personals gesenkt werden. Damit ist der Bereich Unterhalt bei den Schulanlagen für die Zukunft gut aufgestellt, zumal der Unterhalt bei steigendem Schulraumbedarf eher ansteigen als sinken wird. Wenn die Kosten dank Effizienzgewinnen künftig nicht ansteigen, ist das Ziel des neuen Konzeptes erreicht.

LZ 4 Werkhof

Unabhängig von der laufenden Untersuchung für die Neuausrichtung der Werkhofaufgaben, wurden in den Jahren 2005 – 2014 in diesem Bereich (Werkhof, Gärtnerei, Friedhof) 421 Stellenprozent abgebaut. Dies entspricht 17,5% des Personalbestandes.

Der Gemeinderat prüft zurzeit weitere Optimierungsmöglichkeiten bei der Strassenreinigung, beim Winterdienst, bei der Abfallentsorgung und anderen Aufgaben des Werkhofes. Das Einsparpotenzial beim Personal ist im Moment ausgeschöpft, jedoch sieht der Gemeinderat bei den Sachkosten mögliche Einsparungen von bis CHF 170 000.

PG 3 Gesundheit

Anstelle des bereits monierten Leistungsziel (S. 37) sollte als neues Leistungsziel ein quantifizierbarer Parameter gefunden werden, der das übergeordnete Ziel 1 („Pflegebedürftige Einwohner können möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung bleiben“) abbildet. Die Tatsache, dass die Menschen in den letzten Jahren später ins Heim eintreten, bereits mit einer höheren Pflegestufe betreut werden und weniger lange im Heim bleiben, zeigen, dass das übergeordnete Ziel angestrebt wird, und sind Hinweise dafür, wie die Wirkung der ambulanten Angebote (Spitex) gemessen werden könnten.

Die Ziele der Produkte Gesundheit, Stationäre Angebote (S. 41) wurden teilweise nicht erfüllt. Die Phase des Umbaus zusammen mit der negativen medialen Berichterstattung führte dazu, dass einige Interessierte sich spontan für ein Pflegeheim in einer anderen Gemeinde entschieden haben. Auch wurde das Angebot der öffentlichen Spitex im Berichtsjahr laufend ausgebaut und die Anzahl der Pflegeeinsätze gesteigert, so dass die Menschen länger zu Hause bleiben konnten. Daneben werden zunehmend die Angebote privater Spitexorganisationen genutzt.

Bei den Ferienbetten zeigt sich, dass diese einerseits nicht ausgelastet sind, andererseits Anfragen nicht berücksichtigt werden können. Dies wird künftig anders organisiert.

Die Nachfrage nach (genossenschaftlichen) Alterswohnungen ist nach wie vor gross.

PG 4 Kultur, Freizeit und Sport

Die Sauna (+ Fitnessraum) wird vorübergehend von der Gemeinde geführt. Betreut wird sie durch eine befristet eingestellte Fachperson. Im letzten Jahr wurde ein Ertrag von rund CHF 75 000 erwirtschaftet. Dieser Betrag deckt den Aufwand von CHF 65 000 (bei Investitionen von rund CHF 20 000) ab. Der Gemeinderat wird dem Einwohnerrat in absehbarer Zeit einen Bericht zur Sauna (Sanierung, Betrieb, Trägerschaft) vorlegen.

PG 5 Bildung / PG 7 Soziale Dienste

Obwohl der Mehraufwand für den Aufbau der KESB nicht mehr ins Gewicht fällt, steigen die Kosten weiter. Der Gemeinderat beobachtet diese Entwicklung kritisch und wird Lösungen erarbeiten.

PG 6 Öffentliche Sicherheit

Für eine kurze Periode hatte Binningen keinen Bannwart. Teile der Aufgaben des Bannwarts haben in dieser Zeit zum einen die Gemeindepolizei und zum anderen Mitarbeitende des Werkhofs übernommen. Für den fehlenden Bannwart konnte vor kurzem eine gute Lösung gefunden werden. Der Allschwiler Bannwart wird in einem Teilpensum auch für die Gemeinde Binningen tätig sein. Damit ist gerade im Grenzgebiet für den Allschwilerwald eine optimale Situation entstanden. Gleichzeitig wird es auch künftig eine Kooperation mit anderen Stellen in der Gemeindeverwaltung geben – z. B. mit dem Werkhof, der beispielsweise das Wachstum gewisser Hecken im Auge behält.

PG 8 Verkehr, Strassen

Die vom Einwohnerrat geforderter Einsparungen von CHF 500 000 wurden um CHF 102 528 übertroffen. Massgebliche Minderkosten sind bei folgenden Positionen angefallen:

- | | |
|---|--------------|
| - Winterdienst | - CHF 20 000 |
| - Reparaturen an der Strassenbeleuchtung | - CHF 5 000 |
| - Entsorgungsaufwand für Wischgut und Strassenabfälle | - CHF 40 000 |
| - baulicher Strassenunterhalt | - CHF 50 000 |

Diese Positionen sind stark von der Witterung abhängig, damit sind die Abweichungen plausibel.

Der Werkhofaufwand (Umlagen) für den Strassenunterhalt ist CHF 170 000 tiefer ausgefallen, jedoch hat der Gemeinderat den Einsatz von Arbeitslosen um CHF 30 000 erhöht.

Die Abweichungen zwischen dem ersten Budget und der Rechnung 2014 sind in den Unterlagen ausführlich dokumentiert. Die GRPK ist erstaunt, dass in dieser Position weitere CHF 102 528 eingespart werden konnten, nachdem noch im April 2014 ein Nachtragskredit in der Höhe von CHF 270 000 gestellt wurde.

Allmend- und Parkraumbewirtschaftung

Die Einnahmen der Verkehrsbussen von ca. CHF 380 000 setzen sich wie folgt zusammen: 2/3 aus Geschwindigkeitskontrollen und 1/3 aus dem ruhenden Verkehr.

Der Gemeinderat hat die Firma Pfändler im vergangenen Jahr durchschnittlich 26 Std. / Woche für die Kontrollen des ruhenden Verkehrs eingesetzt. Dazu hat er einen Nachtragskredit von CHF 40 000 aus seinem Budget gesprochen.

Bei der Befragung hat sich gezeigt, dass zum Einsatz der Firma Pfändler unterschiedliche Informationen, aber auch unterschiedliche Auffassungen über deren Einsätze im Umlauf sind. Die GRPK bittet den Gemeinderat an dieser Stelle, seine Strategie und das Pflichtenheft für den Einsatz der Firma Pfändler dem Einwohnerrat im laufenden Jahr nochmals zur Kenntnis zu bringen (siehe Antrag GRPK A 1).

PG 9 Versorgung, Umwelt

Bestattungen

In der Produkterrechnung sind ca. CHF 97 000 Sachaufwand und indirekte Kosten weniger angefallen. Details hierzu finden sich auf den Seiten 96/97 von 130. Diese Einsparungen nimmt die GRPK positiv zur Kenntnis, trotzdem erwartet sie, dass das zugesagte Konzept des Friedhofes dem Einwohnerrat zeitnah vorgelegt wird.

GGA

Die durch den Wechsel entstandenen Mehrkosten betragen ca. CHF 32 000. Diese Kosten sollen gemäss Aussage des Gemeinderates aber künftig um ein Mehrfaches eingespart werden. So soll die jährliche Provision an die Gemeinde ca. CHF 300 000 höher ausfallen und die Signallieferung soll ca. CHF 50 000 günstiger sein.

Die rechtliche Situation ist nach wie vor nicht geklärt. Die InterGGA AG droht mit Schadenersatzforderungen, die jedoch aus Sicht des Gemeinderats nicht haltbar sind. Neben den wöchentlichen Schlagzeilen in der Presse ist es wünschenswert, dass der Gemeinderat den Einwohnerrat auf dem Laufenden hält (siehe Antrag GRPK A 2).

Umwelt

In der Produkterechnung werden von CH 76 000 budgetierten indirekten Kosten nur deren CHF 10 000 ausgegeben. Als Begründung wurde aufgeführt, dass durch die starke Bindung an die Energiethemen (Energiefonds und –Reglement) nicht genügend Personalressourcen zur Verfügung standen. Verschiedene Projekte (z.B. Revitalisierung Birsig, Siedlungsrandaufwertung Tschuppbaumacker) konnten dadurch nicht ausgeführt werden. Leider konnten bis jetzt keine konkreten Angaben gemacht werden, zu welchem Zeitpunkt die nicht ausgeführten Projekte wieder in die Planung aufgenommen werden.

Unter der Produktegruppe „Umwelt“ setzt sich die Gemeinde u.a. zum Ziel:

3) Die Energieeffizienz bei bestehenden, gemeindeeigenen Bauten wird verbessert. Der Stromverbrauch pro Kopf und der Gasverbrauch pro Anschluss nehmen nicht zu.

Während dieses Ziel beim Gasverbrauch regelmässig erreicht wird, ist der Stromverbrauch leicht gestiegen. Die Verwaltung führt dies auf die vermehrte Arbeit mit technischen Geräten wie PCs, Smartphone und weitere Geräte zurück. Der Gemeinderat hat eine Analyse in Auftrag gegeben, um den allgemeinen Umgang mit dem Stromverbrauch zu prüfen und danach entsprechende Massnahmen vorzunehmen. Nach Ansicht der GRPK sollte auch geprüft werden, wie weit in und auf den eigenen Liegenschaften erneuerbare Energie erzeugt werden kann.

4) Die mit Förderbeiträgen an Private erzielten Energieeinsparungen werden in kWh/a ausgewiesen.

Leider konnte dieses Ziel aus verschiedenen Gründen nicht erreicht werden. Der Gemeinderat prüft, inwiefern es an die heutige Situation angepasst werden kann.

PG 10 Hochbau und Ortsplanung

Binningen ist im letzten Jahr zu einer aktiveren Planung des Unterhalts von Liegenschaften des Finanz- und Verwaltungsvermögens übergegangen. Im Gegensatz zu früher werden die Liegenschaften nicht mehr nur verwaltet (Mietverträge, Mietzinsabrechnungen, Mieterreklamationen), sondern langfristig unter Berücksichtigung von Bedarf und Ertrag/Rendite geplant. Die aktivere Planung steht im Zusammenhang mit der Übernahme des Portfolios durch die fachlich zuständige Bauabteilung in der Verwaltung. Erste Teile der neuen Philosophie im Umgang mit Liegenschaften der Gemeinde wurden erarbeitet und sind in die Liegenschaftsstrategie eingeflossen. 2014 fand eine umfassende Aufnahme des bestehenden Portfolios statt. Durch die Zuordnung der Liegenschaften bei verschiedenen Produkten und verantwortlichen Abteilungen, mussten die notwendigen Unterlagen der Liegenschaften neu zusammengetragen werden. Damit konnte eine umfassende Anlagebuchhaltung erstellt werden und die Liegenschaften im Hinblick auf das neue Rechnungsmodell HRM2 bewertet werden.

3. Anträge der GRPK an den Einwohnerrat

A) Anträge der GRPK

1. Der Einwohnerrat bittet den Gemeinderat, seine jetzige und künftige Planung sowie die Leistungsvereinbarung betreffend des Einsatzes der Firma Pfändler dem Einwohnerrat im Herbst 2015 zur Kenntnisnahme vorzulegen.
2. Der Einwohnerrat ersucht den Gemeinderat, die Entscheidungen, die im Zusammenhang mit der GGA durch den Gemeinderat gefällt wurden und noch werden, dem Einwohnerrat zeitnah vorzulegen und über die weitere Entwicklung zu berichten.

B) Anträge des Gemeinderates

Die GRPK beantragt dem Einwohnerrat, den unveränderten Anträgen des Gemeinderates zu zustimmen:

1. Die Leistungsberichte werden genehmigt.
2. Die Globalrechnungen mit einem Nettoaufwand von insgesamt CHF 37 602 698 für folgende Produktgruppen werden genehmigt (Zahlen gerundet):

- Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	CHF	2 019 986
- Steuern	CHF	502 478
- Gesundheit	CHF	5 234 216
- Kultur, Freizeit, Sport	CHF	3 112 844
- Bildung	CHF	14 799 148
- Öffentliche Sicherheit	CHF	944 461
- Soziale Dienste	CHF	7 255 270
- Verkehr, Strassen	CHF	2 440 340
- Versorgung, Umwelt	CHF	645 539
- Ortsplanung, Baugesuche	CHF	736 857
3. Die Positionen ausserhalb der Globalbudgets mit einem Nettoertrag von insgesamt CHF 37 285 727 werden genehmigt.
4. Die Laufende Rechnung 2014 mit Aufwendungen von CHF 91 410 089, Erträgen von CHF 91 063 117 und einem Aufwandüberschuss von CHF 346 971 wird genehmigt.
5. Ergebnisverwendung
Der Bruttoüberschuss 2014 von CHF -346 971 wird wie folgt verwendet:
Verrechnung mit dem Eigenkapital
6. Die Bilanz 2014 mit Aktiven und Passiven von jeweils CHF 77 783 314 wird gemäss Anhang III genehmigt.
7. Die Investitionsrechnung 2014 mit Ausgaben von CHF 5 087 620, Einnahmen von CHF 466 257 und Nettoinvestitionen von CHF 4 621 363 wird zur Kenntnis genommen.
8. Folgende Abrechnungen über Investitionsausgaben gemäss Aufstellung unter Ziffer 7 werden direkt genehmigt:
Finanzierung Anteil Binningen an zusätzlichem Salzsilo CHF 124 476.85
9. Der Soll-Stellenplan Kat. A wird für die Abteilung BKS auf 1641 % für das Pensum von 60 % Sozialpädagogische Begleitung zur Bereinigung des neuen Stellenplans erhöht.

Für die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission

Eduard Rietmann

10. Juni 2015